

Gefährlich und verführerisch

Am 9. Februar 2020 entscheidet das Zürcher Stimmvolk über die Juso-Steuer-Initiative. Die Vorlage ist ein gefährliches Steuer-Experiment, das unbedingt abzulehnen ist. Regierungsrat, Kantonsrat, die Wirtschaftsverbände und die Parteien SVP, FDP, GLP, CVP, EVP, EDU und BDP empfehlen ein Nein.

Bruno Walliser

Die Juso geben vor, sie wollten mit der «Entlastungs-Initiative» die unteren Bevölkerungsschichten von der angeblich erdrückenden Steuerlast befreien. Dies sei nötig, weil «die rechten Parteien ihre Klientel mit Steuergeschenken überschütten, während die einfachen Bürger*innen immer mehr bezahlen.»

Faktencheck

Die Steuerbelastung ist heute bereits stark progressiv. Personen mit geringem Einkommen bezahlen kei-

ne oder nur wenig Steuern, während die Höchststeuerbelastung im Kanton Zürich auf bis zu 46,7 Prozent steigen kann. Fakt ist auch, dass die Steuerbelastung für Personen mit tiefem Einkommen und für Familien in den letzten 20 Jahren deutlich stärker gesenkt wurde als für Personen mit hohem Einkommen. Eine aktuelle Studie der Universität Luzern bestätigt denn auch, dass die Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz nicht aufgeht. Die Behauptung der Juso, die Steuerbelastung habe sich in den letzten Jahren zugunsten von Gutverdienenden entwickelt, ist eindeutig widerlegt. Den Jungsozialisten geht es in Wahrheit einzig darum, Personen mit hohem Einkommen zu schröpfen. Um der Bevölkerung dieses Anliegen schmackhaft zu machen, dürfen ganz viele Personen ganz wenig profitieren. Selbst eine Einzelperson mit einem Monatslohn von über 10'000 Franken käme dank den Juso

noch in den Genuss einer Steuer-senkung von ein paar Franken.

Zürich würde zur Steuerhölle

Die extreme, nicht durchdachte Verschiebung der Steuertarife hat gefährliche Folgen. Bei den obersten Einkommen würde die Initiative eine Mehrbelastung von bis zu 30 Prozent verursachen. Das entspricht einem Spitzensteuersatz von 55,7 Prozent! Ganz nebenbei würde auch noch die Heiratsstrafe verschärft. Für den Wirtschaftsstandort Zürich wäre dies eine verheerende Entwicklung. Wie mobil Personen mit hohem Einkommen sind, hat die Abschaffung der Pauschalbesteuerung gezeigt: Innerhalb von nur zwei Jahren nach der Abschaffung hat die Hälfte der Betroffenen den Kanton Zürich verlassen. Die Initiative würde ausserdem dafür sorgen, dass über 20 Prozent der Steuerpflichtigen keine Einkommenssteuern mehr bezahlen müss-

Bruno Walliser



Nationalrat SVP, Kaminfegermeister und KMU-Unternehmer.

ten, aber trotzdem mitbestimmen dürften. Aus staatspolitischer Sicht ist das höchst bedenklich. Denn die finanzielle Beteiligung am Staatswesen fördert die Wertschätzung für Leistungen der öffentlichen Hand und sorgt so für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der langfristig sehr wertvoll ist und nicht unterschätzt werden darf. ■

Am **9. Februar 2020** braucht es ein **NEIN** an der Urne. Mehr: www.nein-zur-juso-steuer-initiative.ch.